Sonnabend, 23. August 1924 | Abend-Ausgabe | Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 401 | 53. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. | Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Reden des Reichskanzlers und der Minister Luther und Stresemann.

Die heutige Reichstagssitzung.

Beginnende Kompromißverhandlungen?

Von

Erich Dombrowski.

Die große Spannung, in der das Haus zu Beginn der gestrigen Sitzung war, ist gewichen. Die Zuschauertribünen sind anfangs nur mäßig besetzt. In der Diplomatenloge sieht man nur wenige Köpfe. Die Abgeordneten tropfen, wie aus einer Medizinflasche, nur langsam in den Saal hinein. Auch die Minister finden sich erst allmählich ein. Nur der Reichskanzler ist pünktlich zur Stelle. Der Präsident Dr. Wallraf, alias Herr Ich-bin-nicht-in-der-Lage, kommt sofort auf den gestrigen Zwischenfall zurück. Da seit heute früh eine strenge Kontrolle an den Eingangstüren geübt wurde und die Kommunisten kein Nachtlager im Reichstage bezogen hatten, so war dem gestern ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Schwarz der Zutritt versperrt gewesen. Wahrscheinlich hatte er ihn auch noch nicht einmal versucht. Der Präsident machte Mitteilung, von dem eingegangenen Einspruch des Delinquenten gegen die Ordnungsstrafe und erklärte sich bereit, ihn noch heute, wenn auch erst nach der Regierungserklärung, auf die Tagesordnung zu setzen. Die Kommunisten murrten, aber beruhigten sich dann gleich wieder.

Nun erhob sich der Reichskanzler, um die Regierungserklärung zu den Londoner Abmachungen abzugeben. Sofort schnellten die Kommunisten von ihren Plätzen auf und riefen, wie gestern, in kanonisch gegliedertem Geheul: „Amnestie, Amnestie, Amnestie!" Männer- und Frauenstimmen. Der Präsident war wiederum hilflos. Wohl rührte er die Glocke, wohl versuchte er zu protestieren, aber die gischende Brandung ging über ihn hinweg. Auf der Rechten wurde man unruhig. Auch die Deutschvölkischen begannen zu rumoren. Das Wetterglas zeigte auf Windstärke zehn, auf Windstärke elf. Die Dünung war stark. Das Reichstagsschiff schwankte bedenklich. Der Kasten kämpfte nur schwer gegen die Wogen an. Der Reichskanzler blieb gelassen. In wohltuendem Gegensatz zum Präsidenten ließ er sich nicht beirren und begann, nach einem Manuskript, zu reden. Und er setzte sich schließlich durch. In klarem, gleichmäßigem Tonfall wog er die Nach- und die Vorteile des Sachverständigen-Gutachtens und der Londoner Vereinbarungen ab und kam zu dem Ergebnis, daß die Londoner Beschlüsse gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt darstellen. Der deutschen Delegation lag vor allem die Sorge am Herzen, deutsches Land von der Besetzung fremder Truppen zu befreien. Diese Bemühungen haben nicht ganz das erstrebte Ergebnis gezeitigt. Aber, fragte er, sollten wir durch eine Alles- oder Nichts-Politik die offenkundig sich anbahnende Verständigung hindern und durch Unnachgiebigkeit uns erneut als Störenfried hinstellen lassen? Die Lösung der Reparationsfrage wäre in unabsehbare Ferne gerückt worden, wenn man sich auf einen völlig ablehnenden Standpunkt gestellt hätte. Das haben wir immerhin erreicht, daß sofort rund neunhunderttausend Deutsche von fremder Besatzung frei werden. Das übrige neubesetzte Gebiet soll spätestens in einem Jahre geräumt werden. Und dann zeigte der Kanzler mit ernster Miene, was werden würde, wenn man den Londoner Vertrag von der Hand wiese: verstärkte Kreditnot der Industrie und der Landwirtschaft, drohender Verfall der Währung, Zunahme der Arbeitslosigkeit, unveränderter militärischer Druck auf den besetzten Gebieten, weitere Gefangenschaft zahlreicher Deutscher, weitere Rückkehrsperre für die Ausgewiesenen, Nüchtern und ohne Phrase reihte Dr. Marx Wort an Wort. Die Kommunisten versuchten in einemfort störend einzugreifen. Die Zwischenrufe überschlugen sich fast. Die Deutschvölkischen gerieten außer sich. Herr von Graefe haute erst mit der flachen Hand, dann mit der Faust auf den Pultdeckel. Seine Genossen fuchtelten erregt mit den Händen in der Luft herum. Die Deutschnationalen waren im allgemeinen zurückhaltend. Nur mitunter brausten auch sie etwas auf. Allerdings bei gedämpftem Trommelklang. In beiden Lagern der Rechten fehlten die Strategen: Ludendorff und Tirpitz. Als Dr. Marx geendet hatte, wurde ihm in der Mitte des Hauses, von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten, lebhafter Beifall zuteil. Auf der äußersten Rechten und Linken ertönten, in gesteigertem Tempo, Pfui-Rufe. Einige Minuten dauerte die Auseinandersetzung, und der zweite Redner der Regierung, der Finanzminister Dr. Luther, wartete schweigend ab, bis sich die Wellen nach und nach glätteten. Der Präsident war natürlich ohnmächtig. Seine einzige Waffe, ein Holzschwert, war die Glocke, an der er seinen ganzen Aerger ausließ.

Dr. Luther beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Seite des Londoner Abkommens. Zahlen marschieren auf und ab. Tatsachen reden. Das Haus hört wie eine Schar gelehriger Schüler zu. Die Windstärke läßt nach. Das Meer wird ruhiger. Manchmal fällt eine humoristische Bemerkung. Man lacht. Die Stimmung verbessert sich. Das Parkett der Abgeordneten hat sich inzwischen fast vollständig gefüllt. Selbst Tirpitz ist erschienen. Auch die Tribünen weisen kaum noch eine Lücke auf. Hinter den Kulissen bahnen sich Kompromißverhandlungen mit den Deutschnationalen an. Die Volksparteiler haben den ersten Angelhaken ausgeworfen. Der Reichslandbund, der bisher den Trommler der Protestbewegung abgegeben hatte, läßt den Wirbel anscheinend schwächer und schwächer werden. Die Agrarier brauchen Geld. Die Agrarier brauchen Kredite. Die Agrarier brauchen die Rentenbank, um kurzfristige Kredite in langfristige umzuwandeln. Das alles fällt ins Wasser, wenn durch die Schuld der Deutschnationalen die Londoner Vereinbarungen zunichte gemacht werden. Die ersten Fühler sind auch, auf Umwegen, bereits zur Regierung ausgestreckt. Bahnt sich eine Verständigung an? Und wird die Deutschnationale Partei darüber auseinanderbrechen? Das sind die beiden Fragen, die die Gemüter bewegen, während Dr. Luther weiter doziert. Gegen seine Beweisführung ist sachlich nichts einzuwenden. „Ich wage", so schließt er, „der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß das deutsche Volk, wenn es zähe arbeitet und tapfer spart, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswürdigen Bedingungen endlich seinen Wiederaufstieg beginnen wird." Sein liebevoller Optimismus breitet sich wie ein Oeltropfen aus und teilt sich weiten Kreisen des Reichstages mit. Man nickt beifällig mit dem Kopfe.

Die Rede des Reichsfinanzministers hatte wie ein Schirm gewirkt. Der Wind hatte sich darin verfangen. Als Dr. Stresemann, als letzter Sprecher der Regierung, das Wort ergriff, sah er ringsum Stille. Nichtsdestoweniger ließ er seinem schäumenden Temperament die Zügel schießen. Noch einmal rollte er die großen politischen Probleme, um die es sich handelt, auf und mit dem blinkenden Florett seiner Polemik setzte er sich mit den an- und abwesenden Gegnern der Regierungspolitik auseinander. Scharf pointiert kamen die Sätze heraus. Die Opposition begehrte wohl bisweilen auf, aber im großen und ganzen hielt er sie durch den Fluß seiner Beredtsamkeit im Bann. Es ist unrichtig, wenn man über der Frage der militärischen Räumung alles andere, was in London erreicht worden ist, als belanglos in den Hintergrund rückt. Herriot hat sich, um nur dies und das aus der Rede Stresemanns herauszugreifen, hinsichtlich der ersten rheinischen Besetzungszone auf den Standpunkt des Versailler Vertrages gestellt und mit keinem Wort davon gesprochen, daß die Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Weiter: Daß der 15. August des nächsten Jahres der letzte Termin für die militärische Räumung des Ruhrgebietes ist, darüber besteht kein Zweifel. Stresemann zitiert die Briefe MacDonalds an Herriot und erklärt mit erhobener Stimme: „Der Kampf um die schleunige Befreiung des Ruhrgebietes ist nicht durch London beendet, sondern er beginnt damit. Mit Dortmunds Räumung kommt zunächst ein Glied aus der Kette der Besetzung heraus, und dafür zu sorgen, daß in weiterem Zusammenhang mit dem Gutachten Zug um Zug weiter geräumt wird, das ist die Pflicht jeder Regierung, die an dieser Stelle steht, und die Pflicht aller Parteien." Lebhafter Beifall. „London ist nicht der Schlußpunkt. Es kann der Anfang sein zu einer Entwicklung, die ein Zusammenwirken der Völker schafft. Geben Sie Deutschland diese Möglichkeiten, damit wir es auf dieser Grundlage zu einer gesunden Zukunft führen können." Die Mehrheit des Parlaments applaudiert stürmisch. Die Kommunisten und die Deutschvölkischen zischen. Nunmehr ist die Regierungserklärung geschlossen. Die drei Delegierten auf der Londoner Konferenz haben in ihren Rechtfertigungsreden einen glücklichen Tag gehabt. Das Echo im Lande wird nicht ausbleiben. Selbst auf die Deutschnationalen scheinen die Ausführungen einen starken Eindruck gemacht zu haben. Zum Schluß gibt es, als der Einspruch des Kommunisten Schwarz an die Reihe kommt, noch einen kleinen Tumult, ein Aufeinanderprallen der Sozialisten und der Kommunisten. Der Einspruch wird abgelehnt. Die Kommunisten rufen den Sozialdemokraten zu: „Ihr Feiglinge!" Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird die Sitzung auf Montag mittag zwölf Uhr vertagt. Alsdann wird die große politische Aussprache der Parteien beginnen.

* * *

Der Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Graf Kanitz, Reichswirtschaftsminister Hamm.

Der kommunistische Abg. Dr. Schwarz befindet sich nicht im Saal.

Präsident **Wallraf** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit der Erklärung, der Abg. Dr. Schwarz, den er auf Grund des Artikels 28 der Reichsverfassung kraft des ihm zustehenden Hausrechts ausgeschlossen habe, habe einen schriftlichen Einspruch eingereicht. Der Präsident verliest den bereits bekannten Wortlaut des Einspruchs. Er fügt hinzu, der Einspruch stehe zwar nicht auf der Tagesordnung, er bitte aber um das Einverständnis des Hauses, ihn noch auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar an die zweite Stelle. (Unruhe bei den Komm.)

Darauf erhält

Reichskanzler Marx

das Wort zur Erklärung der Regierung. Sofort setzen wieder die Rufe der Kommunisten ein: „Amnestie, Herr Reichskanzler! Zuchthauskanzler!" Der Reichskanzler beginnt trotzdem seine Rede, worauf die Rufe der Kommunisten sofort verstummen.

„Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzulegen und Ihre Zustimmung zu den Londoner Beschlüssen sowie zu den zu ihrer Durchführung erforderlichen Gesetzen zu erlangen. Die in London gefaßten Beschlüsse bestimmen, in welcher Weise das Gutachten der Sachverständigen seine Durchführung finden soll.

Das Gutachten der Sachverständigen hat die Reichsregierung in ihrer an die Reparationskommission gerichteten Erklärung als geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage angenommen, und die Mehrheit dieses Hauses hat diese Erklärung gebilligt. Daß sich dagegen auch ernste und große Bedenken geltend machten, ist von mir nie verkannt worden, und mit Nachdruck und in voller Offenheit habe ich darum in der Schlußsitzung der Londoner Konferenz vor den versammelten Ministerpräsidenten und Delegierten der Weltmächte diese selben Bedenken unterstrichen und ausgeführt, welch schwere Aufgabe der deutschen Delegation auf der Konferenz erwachsen sei und **welch ungeheure Verantwortung** sie habe auf sich nehmen müssen, indem sie einer Regelung der Reparationsfrage im Sinne des Dawes-Gutachtens zustimmte, wodurch dem deutschen Volke so schwere Opfer auferlegt werden sollen. Unsere heutige Beschlußfassung, welche die Ermächtigung zur Durchführung des Gutachtens, zur endgültigen Annahme jener Lasten und zur Einführung jener in die deutsche Verwaltung, das deutsche Finanz- und Wirtschaftsleben so tief eingreifenden neuen Institute bedeutet, hat somit eine weitergehende Bedeutung als jene Beschlußfassung, welche das Dawes-Gutachten als Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems annahm. Jetzt handelt es sich darum, Gesetzentwürfen zuzustimmen, welche tiefgreifende organisatorische Aenderungen im Deutschen Reiche bedingen, Veränderungen, welche in einem Punkte sogar eine Abweichung von den Bestimmungen der Reichsverfassung erfordern. Somit gilt es heute, eine größere Verantwortung zu übernehmen, eine schwerere Entscheidung zu treffen, und es ist eine selbstverständliche Forderung, wenn bei einer solchen Entscheidung alle in Frage kommenden Gesichtspunkte rückhaltlos erörtert und klargelegt werden.

Der Vertiefung dieser Debatte dient die eingehende Aussprache in den Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses dieser Tage, welche weiterhin neben den Verhandlungen des Plenums fortdauern werden. Dort wie hier wird sich die Reichsregierung angelegen sein lassen, das gesamte, die Londoner Beschlüsse betreffende Material in eingehender Weise darzulegen und allen Parteien Rede und Antwort zu stehen über das, was die deutsche Delegation in London in schwerer verantwortungsreicher Arbeit als Ergebnis der dortigen Verhandlungen erzielt hat. Wir rühmen uns nicht eines Erfolges, den wir in Londonerrungen hätten. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit, die wir in London zu vollbringen hatten, nicht derart war, daß sie große Erfolge hätte davontragen können. Das Gutachten der Sachverständigen ist für das deutsche Volk in seinem innersten Wesen ebensowenig erfreulich wie der uns auferlegte Versailler Vertrag. Dieser Vertrag und das Gutachten der Sachverständigen stehen in innerstem Zusammenhang miteinander, und ebensowenig, wie es je einem Deutschen eingefallen ist, in dem Versailler Vertrag etwas anderes als ein das deutsche Volk schwer belastendes Uebel zu erblicken, ebensowenig wird es jemandem geben, der den Sachverständigenbericht als solchen als eine Wohltat für das deutsche Volk ansähe. Die Aufgabe der Reichsregierung und die Aufgabe der Delegation in London bestand nur darin, Milderungen dieser Last zu erstreben, Bedingungen und Verhältnisse zu schaffen, um die Durchführung des Gutachtens in einer, für die Lebensnotwendigkeiten und die nationale Würde des deutschen Volkes erträglichen Weise zu gewährleisten. Ohne den Ausführungen der Herren Fachminister und der Kritik des Hauses vorgreifen zu wollen, glaube ich feststellen zu dürfen, **daß die deutsche Delegation in London in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand, in mancher Hinsicht aber eine Verbesserung erreicht hat.**

Die Situation in London.

Als wir nach London kamen, fanden wir die in mehrwöchigen Verhandlungen zustande gekommene abgeschlossene Arbeit der alliierten Mächte vor. Die uns von dem Vorsitzenden der Konferenz gleich bei unserer Ankunft übergebenen Beschlüsse der Alliierten stellten — wie Sie wissen — ein mühsam zustande gebrachtes Kompromiß dar, aber trotzdem haben wir uns nicht einen Augenblick besonnen, mit aller Entschiedenheit und Offenheit die deutschen Bedenken und Ausstellungen an den gefaßten Beschlüssen vorzubringen. Zum ersten Male seit Beendigung des Krieges haben wir in gleichberechtigter Verhandlung unsere Gegenvorschläge mit den Delegationen der alliierten Mächte besprechen können. Die Einwendungen, die von uns vorgebracht wurden, waren zahlreich und zum Teil in die vorliegenden Beschlüsse tief eingreifend. Ein großer Teil unserer Gegenvorschläge ist von den Alliierten als berechtigt anerkannt und als Aenderungen der gefaßten Beschlüsse angenommen worden.

Es ist mir ein Bedürfnis, die objektive und unparteiische Leitung der Konferenz durch den englischen Ministerpräsidenten anzuerkennen, und ich lege Wert auf die Feststellung, daß der in der Presse erhobene Vorwurf, daß der deutschen Delegation in London ein Ultimatum gestellt oder ein Diktat vorgelegt worden sei, durchaus unbegründet ist.

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz sind für Deutschland zweifellos eine **schwere Belastung**, sind doch auch sie **nichts anderes als Auswirkungen des verlorenen Krieges.** Aber dennoch stellen sie gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt dar und dienen dem von uns allen erstrebten Ziele der Wiedererstarkung der deutschen Wirtschaft und der Wiederherstellung der deutschen Freiheit, insbesondere in den besetzten Gebieten. Die